

Sperrfrist Redebeginn!  
Es gilt das gesprochene Wort

**Christopher Vogt, MdL**  
*Vorsitzender*

**Anita Klahn, MdL**  
*Stellvertretende Vorsitzende*

**Oliver Kumbartzky, MdL**  
*Parlamentarischer Geschäftsführer*

Nr. 090/2018  
Kiel, Mittwoch, 21. März 2018

Gesundheit/Medizinische Versorgung

## Dennys Bornhöft zu TOP 14 „Medizinische Versorgung für Menschen ohne Papiere“

In seiner Rede zu TOP 14 (Medizinische Versorgung für Menschen ohne Papiere) erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dennys Bornhöft**:

„Die „Richtlinie zur Förderung humanitärer Hilfen in medizinischen Notlagen“ ist zwar weiterhin in Kraft, doch womöglich bekommt nicht jeder, der sie braucht, die Hilfe, die ihm zukommen könnte. Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir prüfen lassen, inwieweit dies der Fall ist und wie dafür gesorgt werden kann, dass mehr Menschen in echter Not um die Möglichkeiten medizinischer Unterstützung wissen.

Eine medizinische Versorgung, vor allem in Notlagen, zählt zu den grundlegenden Elementen eines menschenwürdigen Daseins. Sie hat einen solch hohen Stellenwert, dass Fragen nach der Legalität und Illegalität zweitrangig sind, insbesondere wenn es um Leib und Leben geht. Daher muss es möglich sein, dass eine medizinische Behandlung unabhängig von bürokratischen Hürden gewährleistet wird.

Es gibt keine belastbaren Zahlen für sich in Deutschland illegal aufhaltende Menschen. Sie bewegen sich laut Schätzungen aus dem Jahre 2014 zwischen 180.000 und 500.000. Angesichts dieser Zahlen ist es umso wichtiger, dass ein verlässliches System existiert, das diesen Menschen eine medizinische Notfallversorgung ermöglicht. Andernfalls nehmen wir in Kauf, dass weiterhin eine Vielzahl von Menschen auch in bedrohlichen medizinischen Situationen keinen Arzt aufsuchen wird.

Eine überarbeitete Förderrichtlinie könnte mehr Menschen, die sich illegal im Land aufhalten, eine grundlegende Gesundheitsversorgung ermöglichen. Ziel ist es hierbei nicht, den Aufenthalt von Menschen, die ohne rechtliche Grundlage in unserem Land leben, pauschal zu legalisieren. Jedoch dürfen

humanitäre Notlagen unter keinen Umständen ignoriert werden. Wichtig ist, dass die Anonymität der Betroffenen gewahrt wird. Nur so kann gewährleistet werden, dass eine medizinische Behandlung ohne Angst vor dem Entdecktwerden auch wahrgenommen wird.

Der vorliegende Antrag fordert auch, dass Möglichkeiten einer Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens geprüft werden. Menschen in Not brauchen schließlich schnelle Hilfe. Die Diskussion um die Förderrichtlinie ist wichtig. Im Zweifel rettet sie Leben und schützt Menschen, die vom System nicht erfasst werden und zu den Schwächsten in der Gesellschaft gehören. Ganz wichtig zu erwähnen ist hierbei aber auch Folgendes: Es gilt zu vermeiden, dass die Aussicht auf eine vollwertige und anonyme medizinische Behandlung falsche Anreize schafft. Dieser Konflikt kann am besten dadurch gelöst werden, dass eine anonyme Behandlung auch wirklich nur in Notlagen stattfindet. Hier ist zu betonen, dass klare Gesetze in den Bereichen Einwanderung und Asyl längst überfällig sind. Die Zahl der sich hierzulande illegal aufhaltenden Menschen muss nachhaltig reduziert werden. Aus Sicht der Freien Demokraten geht dies nur, wenn Menschen, welche die entsprechenden Voraussetzungen mitbringen, der Spurwechsel und die Bewerbung um einen legalen Aufenthaltstitel ermöglicht werden.

Eine Förderrichtlinie, die eine lebensnotwendige Behandlung sichert, sollte daher nur eine Übergangslösung in Ausnahmesituationen sein. Langfristig gilt es, dem menschenunwürdigen Schwebezustand der Illegalität mit klaren Gesetzen entschieden entgegenzutreten. Abschließend möchte ich mich besonders für die Arbeit und Leistungen der Praxen ohne Grenzen bedanken. Hier wird ein erheblicher Anteil der medizinischen Versorgung geleistet. Neben Menschen ohne legales Aufenthaltsrecht haben auch einige Selbstständige ein großes Problem sich für ihre Gesundheitsversorgung abzusichern. Als Freier Demokrat unterstütze ich daher die Forderung, die angenommenen Mindestbeiträge zur Krankenversicherung zu senken. Dies findet sich auch im Koalitionsvertrag der Großen Koalition wieder.“